

Position der UNEL zum Thema Jugendarbeitslosigkeit: Zukunftsperspektiven schaffen!

Einleitung: Generation-Jugendarbeitslosigkeit?	2
1. Alles eine Frage der Bildung und der Orientierung?	3
2. Arbeitslosigkeit im europäischen Kontext: die Jugend wird der Sparideologie geopfert ...	4
3. Employability? Soziale Investition statt weiterer Prekarisierung.....	5
4. Arbeit im gesellschaftlichen Kontext: die Frage nach dem guten Leben wagen!	6

Einleitung: Generation-Jugendarbeitslosigkeit?

Die Arbeitslosenzahlen erreichen auch in Luxemburg eine beängstigende Höhe: 18,6 % Jugendarbeitslosigkeit bei den unter 30jährigen (Stand November 2012). 35% der Jugendlichen befinden sich in CDDs (nach einem Arbeitsdokument der CGJL). Zieht man die gesamte europäische Lage mit ein, verschlechtert sich dieses Bild noch weiter. In Anbetracht dieser sozialen Notlage die Europa und, wenn auch im geringeren Masse Luxemburg, erfasst, hat die UNEL beschlossen im Interesse der Studierenden und der Schüler*innen Stellung zu beziehen.

Studieren und die Schulbank drücken ist immer nur eine Übergangsphase. Der Arbeitsmarkt spielt spätestens beim Berufseinstieg eine Rolle für jeden/jede Studierenden/Schüler*in. Doch auch schon davor kommen diese/er durch Sommerjobs oder Praktika mit dem Arbeitsmarkt in Kontakt. Doch dieser Arbeitsmarkt wird zu einem immer feindlicheren Terrain für Jugendliche und junge Erwachsene.

Unsere Generation sieht sich mit einem Paradox konfrontiert: Noch nie war eine Generation so gut ausgebildet und so gut auf den Arbeitsmarkt vorbereitet wie die unsere, gleichzeitig ist es jedoch gerade unsere Generation die mit dem unerbittlichen und prekärsten Arbeitsmarkt seit der Nachkriegszeit konfrontiert ist.

Unsere Generation ist in einer Zeit groß geworden, wo sichere Arbeitsplätze auf Lebenszeit immer mehr die Ausnahme werden, vielmehr sehen wir uns einem Arbeitsmarkt gegenüber, der gemäß neoliberalen Denkschema die flexible Arbeitskraft sucht, die mal hier mal da eingesetzt werden kann und funktioniert. Gerade für Jugendliche werden befristete und prekäre Arbeitsplätze immer mehr zur Norm, mit fatalen Folgen: Keine Planungssicherheit im Hinblick auf Familie oder Leben, eine unsichere Zukunft und Rente, Abhängigkeit von den Eltern, der Employability-Ideologie ausgeliefert sein, durch die ein riesiger Anpassungs- und Konkurrenzdruck entsteht, der sich nicht zuletzt in psychischen Erkrankungen äußert.

Der UNEL ist es wichtig die Forderung stark zu machen, dass jeder Mensch ein Recht auf einen guten Arbeitsplatz hat, der ihm ein würdiges und sinnstiftendes Leben ermöglicht. Wenngleich auch wir nicht über die Wunderlösung für das Problem der Arbeitslosigkeit verfügen, so sollen im folgenden trotzdem einige Denkanstöße gegeben werden.

1. Alles eine Frage der Bildung und der Orientierung?

In der Diskussion rund um die Arbeitslosigkeit ist oft die Rede vom sogenannten "Mismatch", also vom Nichtzusammenpassen der Nachfrage nach Arbeit und dessen Angebot. Es ist nicht zu leugnen, dass ein gewisser Mismatch in Luxemburg vorliegt und gerade im Bereich der handwerklichen Berufe bestimmte Stellenangebote nicht durch ausreichend qualifizierte Menschen besetzt werden.

An dieser Stelle rächt sich das luxemburger Bildungsmodell welches durch seine Dreigliederung und die "Selektion nach unten" die technischen und handwerklichen Berufe fortwährend entwertet hat. Des Weiteren kann auch die mangelnde Qualifizierung auf gewisse strukturelle Mängel des luxemburger Bildungswesens zurückgeführt werden. Die frühe Trennung der Schüler*innen in "Lycée Classique" und "Lycée Technique" macht unser Schulsystem fundamental ungerecht, da zu diesem frühen Zeitpunkt die soziale Herkunft die entscheidende Rolle bei der Orientierung spielt.

Die UNEL wurde in der Vergangenheit nicht müde, die soziale Schieflage des hiesigen Bildungswesen zu kritisieren, es ist umso zynischer, dass erst jetzt wo diese Schieflage auch zu handfesten wirtschaftlichen Problemen führt, die verantwortlichen Politiker*innen endlich Lösungen zu liefern versuchen.

Die Vorschläge der UNEL im Bereich Bildung:

Für die UNEL umfasst Bildung weitaus mehr als eine reine Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt. Vielmehr sollte das Bildungssystem die freie Entfaltung jedes Einzelnen fördern, zur sozialen Integration beitragen und zur eigenständigen demokratischen Mitgestaltung der Gesellschaft befähigen. In der Praxis sind es gerade die Schultypen, die vorherige Kriterien erfüllen, die auch unter rein ökonomischen Gesichtspunkten hohe Leistungen erzielen. Soziale Gerechtigkeit und freie Entfaltung sind somit Bedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes.

Die UNEL hat ein umfassend Bildungsdokument vorgelegt, hier nur einige Anstöße für eine Reform die schlussendlich auch die Chancen der Schüler*innen auf dem Arbeitsmarkt erhöhen würde:

- Längeres Gemeinsames Lernen: Dies fördert nicht nur den sozialen Zusammenhalt und eine höhere Qualifizierung, sondern ermöglicht auch eine bessere Orientierung.
- Schnupper-Praktika bieten erste Einblicke in die Berufswelt
- Flexibler Sprachenunterricht: Der Sprachenunterricht muss pädagogisch überarbeitet werden, zudem sollte die Auswahl der Sprachniveaus flexibler sein und nicht mehr zu Diskriminierung und Ausschluss führen.

2. Arbeitslosigkeit im europäischen Kontext: Die Jugend wird der Sparideologie geopfert

Eine tiefgreifende Reform des Bildungswesens ist wichtig. Doch auch eine Verbesserung auf der "Angebotsseite", also besser qualifizierte und orientierte Schüler*innen werden nicht das Problem der Arbeitslosigkeit lösen. Vielmehr wird die Diskussion über diese durchaus reale Problematik missbraucht um zu kaschieren, dass die aktuelle Arbeitslosigkeit ein Ergebnis einer europäischen Wirtschaftspolitik ist die seit einigen Jahrzehnten sich zunehmend den Dogmen der Neoklassik und der Angebots-Politik unterworfen hat.

Es ist die Jugend der südeuropäischen Mitgliedsstaaten, aber auch die Luxemburgs, die jetzt die Konsequenzen einer Politik tragen, die die Regierungen der europäischen Staaten während Jahren in Frankfurt und Brüssel durchgesetzt haben. Der Glaube an die Effizienz deregulierter Finanzmärkte, die Vorzüge der Privatisierung von Gemeinschaftsgütern wie die zunehmende Deregulierung der Arbeitsmärkte haben u.a. zu den makroökonomischen Ungleichgewichten (Gewinnverteilung zwischen Kapital und Arbeit, hohe Verschuldung, Außenhandelsbilanzen, Einkommensverteilung) geführt, die Ursache der Krise sind.

4

Die gleichen Dogmen die uns in die Krise geführt haben sollen nun den Weg aus der Rezession bahnen? Während die europäische Wirtschaft in eine zweite Rezession rutscht und die Arbeitslosenzahlen immer weiter steigen, nimmt die Politik der europäischen Regierungsgipfel immer autistischere Züge an.

Denkanstöße für ein anderes Europa:

- Die blinde Sparwut muss einer ambitionierten europäischen Wirtschaftspolitik weichen, die die Interessen der Bürger*innen wieder in den Mittelpunkt stellt.
- Der angestoßene Reformprozess der wirtschaftlichen "Governance" darf nicht dazu führen die Dogmen die uns in die Krise geführt haben nun weiter auf europäischer Ebene zu zementieren.
- Vielmehr braucht die Jugend Europas eine ambitionierte Investitionspolitik die Zukunftsperspektiven schafft und gleichzeitig die Transformation der Wirtschaft hin zur sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit vorbereitet. Soziale Bewegungen, Gewerkschaften, Umweltschutzorganisationen und viele andere haben sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene konkrete Vorschläge gemacht, es wird Zeit, dass sich auch die politischen Eliten dieser annehmen.
- Die Verlagerung der wirtschaftspolitischen Kompetenzen auf die europäische Ebene muss mit einer konsequenten Demokratisierung der europäischen Entscheidungsprozesse einher gehen.

Die Jugend Europas darf nicht den gestrigen Dogmen und der Sparideologie geopfert werden. Wir haben einen Anspruch auf eine Zukunftsperspektive jenseits prekariisierter Arbeit und zunehmender sozialer Ungleichheit.

Bereits 2005 hatte sich die UNEL entschieden gegen die neoliberale Ausrichtung der europäischen Integration ausgesprochen und den Verfassungsvertrag abgelehnt. Die 18-35 jährigen Luxemburger*innen lehnten den Verfassungsvertrag ebenso mehrheitlich ab. 8 Jahre nach diesem Votum ist es endlich an der Zeit, dass die politischen Eliten sich dieser klaren Mehrheit für ein sozialeres Europa annehmen und antworten liefern.

3. Employability? Soziale Investition statt weiterer Prekarisierung

Da auch die luxemburger Regierungsmitglieder sich nicht gegen die herrschenden Dogmen der Neoklassik wehren, sondern diese noch teilweise aktiv unterstützten, bleibt Ihnen oft nichts weiter übrig als die Arbeitslosen selber für die durch die Wirtschaftspolitik verursachte Misere verantwortlich zu machen. Der Employabilität-Diskurs stellt dabei oft eine sehr verklausulierte Variante dieser herablassenden Sicht auf Arbeitslose dar. Denn der Begriff suggeriert meistens, dass die betroffene Person arbeitslos ist, weil sie sich nicht genügend um ihre Employabilität gekümmert hat. Wenn jedoch das Ausbildungsniveau, Studienabschlüsse und Berufserfahrung mit der unserer Elterngeneration verglichen wird, offenbart sich dieser Vorwurf als blanker Hohn, denn noch nie war eine Generation so gut auf die Zukunft vorbereite. Diese Sicht verschleiert somit strukturelle Probleme des Bildungssystem und der europäischen Wirtschaftspolitik. Die UNEL wehrt sich deswegen vehement gegen jede Stigmatisierung von arbeitslosen Menschen oder anderen Empfängern*innen von Sozialleistungen.

5

Soziale Investition statt Prekarisierung

- Die Sozialleistungen und Rechte von Menschen ohne Arbeit darf nicht angetastet werden! Denn es ist gerade diese Unterstützung, ergänzt durch Fortbildungsangebote, welche es Menschen ermöglicht wieder eine Arbeit aufzunehmen.
- Das Arbeitsrecht sollte nicht blind flexibilisiert werden, denn genau wie auf den Finanzmärkten entpuppt sich dieses Dogma der Liberalisierung alt zu oft als Ursache von Unsicherheit und Instabilität unter der mittelfristig sowohl die soziale Gerechtigkeit als auch die wirtschaftliche Entwicklung leidet.
- Neben der schnellen Umsetzung einer "Garantie Jeunes", sollte vielleicht auch über eine "bourse d'autonomie jeunes" nachgedacht werden, welche junge Erwachsene beim Einstieg in den Arbeitsmarkt hilft und sie von ihren Eltern unabhängig macht. Denn gerade junge Erwachsene zwischen 18-25 Jahren haben beim Einstieg ins Berufsleben oft eine Phase wo sie weder Anspruch auf das garantierte Mindesteinkommen (RMG) noch auf Arbeitslosenhilfe haben.

4. Arbeit im gesellschaftlichen Kontext: Die Frage nach dem guten Leben wagen!

Das Problem der Arbeitslosigkeit sollte jedoch nicht unter einem rein wirtschaftspolitischen Gesichtspunkt gesehen werden. Arbeit stellt eine zentrale Größe innerhalb unserer Gesellschaft dar. Wir müssen jedoch feststellen, dass unsere Gesellschaft und ihre Organisation von Arbeit mit einer ganzen Reihe von Problemen konfrontiert ist: Arbeitslosigkeit, ungleiche Verteilung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit, eine Wirtschaft die noch immer auf endlichen fossilen Ressourcen beruht, eine Arbeitswelt die oft zu psycho-sozialen Krankheiten führt, Arbeit die weder ausreichend Sinn, Anerkennung und Bezahlung bietet. Für die UNEL sind diese Probleme zu tiefgreifend um durch einige Arbeitsmarktreformen behoben zu werden, vielmehr müssen wir die Frage wagen: In welcher Welt wollen wir eigentlich leben?

Einige Denkanstöße für ein "besseres Leben"

- Wenn jede Arbeit Anerkennung verdient, warum sind dann noch immer viel zu viele Menschen von sozialer Exklusion betroffen?
- Warum werden viele gesellschaftliche Betätigungen entweder gar nicht oder nur gering bezahlt und geschätzt während andere überbezahlt sind im Vergleich zu ihrem gesellschaftlichen Nutzen?
- Sollte nicht über eine Neuverteilung der Arbeit im Sinne einer Arbeitszeitverkürzung, bzw. einer flexibleren Verteilung über den Lebensverlauf nachgedacht werden? Zumindest wenn man den Spruch ernst nimmt, dass wir arbeiten um zu leben und nicht leben um zu arbeiten, führt wohl kein Weg daran vorbei die Arbeitszeitverkürzung auf die Agenda zu setzen.
- Genauso wie Bildung nicht zur reinen Ausbildung werden darf, sollte man die Arbeitspolitik nicht rein quantitativen Maßstäben unterwerfen. Ziel und Sinn einer Arbeitspolitik kann es nicht sein, Menschen in irgendeine Beschäftigung zu stecken, sondern die Verhältnisse so zu richten, dass für jeden eine für ihn sinnvolle gesellschaftliche Tätigkeit im Rahmen seiner eigenen Lebensplanung möglich ist.
- Wir brauchen dringend neue Instrumente um wirtschaftliche Entwicklungen ganzheitlich interpretieren und auch leiten zu können. Das PIB als Indikator für gesellschaftlichen Wohlstand ist hierfür viel zu einseitig auf den materiellen Wachstum zugerichtet. Dies knüpft an die vorherigen Punkte an: Ziel einer Wirtschaftspolitik sollte es nicht sein blind materiellen Gesichtspunkten zu folgen, sondern das gute Leben zu ermöglichen. Anstatt weiterhin als Allheilmittel immer mehr Produktion und Wachstum zu fordern, müssen wir uns fragen was produziert und wachsen soll.